

## AK-WAHLEN IN WIEN UND NIEDERÖSTERREICH:

### KOMINTERN – SAMMELPUNKT DES WIDERSTANDES!



Bei den diesjährigen Arbeiterkammerwahlen geht es um viel: Die Reichen haben eine Regierung, die beinhaltet gegen die Werktätigen fuhrwerk. Deshalb brauchen die Arbeiter/innen und Angestellten eine Kraft an ihrer Seite, die konsequent Widerstand organisiert und leistet. Es kommt nicht darauf an, ob die SPÖ-Fraktion FSG um ein Mandat mehr oder weniger hat, denn sie machen darum nicht mehr oder weniger. Es

kommt aber sehr wohl darauf an, dass mit KOMintern weiterhin eine Kraft in den Vollversammlungen der AK Wien und Niederösterreich vertreten ist, die sich wehrt, die unangenehme Fragen stellt und kompromisslos auf der Seite der Werktätigen steht. Die Kandidatinnen und Kandidaten von KOMintern sind einfache Menschen ohne jegliche Privilegien, die ebenso wie alle anderen Werktätigen im täglichen Leben stehen. ■

★ Seite 2/3:  
**Interview mit den  
AK-Räten Selma Schacht und  
Can Tohumcu**

★ Seite 5:  
**Arme sterben früher**

★ Seite 7:  
**PdA: Solidarität mit Venezuela!**

# 5 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE



Selma Schacht ist Spitzenkandidatin für KOMintern in Wien, Can Tohumcu Listenerster für KOMintern in Niederösterreich. Beide waren schon in der letzten Legislaturperiode Arbeiterkammerrätin/rat und ziehen in unserem Interview Bilanz:

**Die erste klassische Frage ist wohl immer: Was waren eure größten Erfolge?**

**Selma Schacht:** Das ist gar nicht so leicht zu beantworten, denn in fünf Jahren kommt da schon einiges zusammen! Ein persönliches Highlight war für mich, nachdem ich im Sozialbereich arbeite, die Zustimmung der AK Wien zu unserem Antrag „Nein zum sozialen Backlash in Wien“. Zu dem Zeitpunkt gab es massive Kürzungen z.B. bei der Frühförderung von Kindern und damals schon viel zu wenig Geld in der Pflege. Die AK Wien hat auf KOMintern-Initiative beschlossen, Kampagnen für mehr Ressourcen im Sozial- und Gesundheitsbereich und die Initiativen der Beschäftigten und BetriebsrätInnen gegen Einsparungen zu unterstützen. Auch konnten wir nach längeren Debatten in unterschiedlichen Ausschüssen erreichen, dass die AK Wien sich klar und deutlich gegen Verschlechterungen bei der Wohnungsvergabe durch die Stadt Wien ausspricht.

**Can Tohumcu:** Noch unter der SPÖ-geführten Regierung wurden „Ein-Euro-Jobs“ für anerkannte Flüchtlinge und gering bezahlte gemeinnützigen Tätigkeiten ohne Arbeitsverhältnisse für AsylwerberInnen gefordert. Die AK-Vollversammlung in Niederösterreich hat auf unseren Antrag hin dieser Forderung nach menschenverachtenden sowie auf ein Lohndumping abzielenden Zwangstätigkeiten eine eindeutige und unmissverständliche Absage erteilt.



Selma Schacht, AK-Rätin für KOMintern in Wien und Can Tohumcu, AK-Rat für KOMintern in Niederösterreich

**Was waren die massivsten Ärgernisse in der AK-Arbeit?**

**Can Tohumcu:** Das war in Niederösterreich überhaupt noch vor der ersten Vollversammlung: Bei einem Fotoshooting mit allen Fraktionen wollte die AK ernsthaft, dass ich mein T-Shirt vom Aktionsbündnis „Nein zum 12-Stunden-Tag“ ausziehen soll, weil „keine politischen Botschaften“ transportiert werden dürften. Ich habe das natürlich nicht gemacht – und so wurde ein Bild veröffentlicht, wo der Grüne Gewerkschafter systemkonform den durchgestrichenen 12er verdeckt. Tja, damals ist es auch gegen die SP-Regierung gegangen, unter Schwarz-Blau werden Großdemos organisiert. Aber wir vergessen nicht, wer den 12-Std.-Tag als erster eingebracht hat: das war die SPÖ.

**Selma Schacht:** Es ist fast jedes Mal das gleiche. Sobald es kämpferischer wird, zieht die FSG den Kopf ein und erklärt entweder nicht zuständig zu sein, oder

es wäre zu weitreichend, oder – wenn's „zu radikal formuliert“ ist – wohl zu wenig staatstragend. Alles, was sich konsequent gegen eine Unterordnung unter die Sozialpartnerschaft mit den Wirtschaftsvertretern wendet, ist für die Sozialdemokratie sowieso unmöglich mitzutragen. Wirklich absurd war z.B. dass die FSG gegen einen Antrag zur Unterstützung des Anti-CETA/TiSA/TTIP-Volksbegehrens gestimmt hat. Es ist ein Skandal, diesen Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnenrechte durch die Freihandelsabkommen nicht massiv zu bekämpfen. Und immer wird da einstimmig unter Klubzwang die Hand gehoben, auch von jenen, die sich als „links“ verstehen. Unterordnung ist da das oberste Gebot.

**Wie konntet ihr über die Vollversammlungen und Ausschüsse hinaus wirken?**

**Selma Schacht:** Wir konnten immer wieder die Verbindung zu Themen und Anliegen von Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen herstellen,

beispielsweise die Analyse von „AK Vorrat“ gegen den permanenten Ausbau der staatlichen Überwachung und für den Schutz der Privatsphäre, oder die Anliegen der Deutschlehrenden und TraineeInnen in der Erwachsenenbildung.

**Can Tohumcu:** Die FSG in Niederösterreich hat die bis dahin breitgedeck-

te muttersprachliche Fachberatung in den AK-Bezirksstellen streichen lassen. Statt sie systematisch auszubauen, werden die Beratungen faktisch nur mehr mit Terminausgaben gedolmetscht. Wir haben das mit öffentlich gemacht und dabei auch große Unterstützung von BetriebsrätInnen erhalten. Zudem konnten wir viele Kol-

legInnen in Betrieben und bei Treffen mit Rat und Tat zur Seite stehen – sei es mit arbeitsrechtlicher Auskunft, für sozialrechtliche Dinge oder auch für Betriebsratsgründungen.

**Vielen Dank für das Interview, und viel Erfolg bei den AK-Wahlen! ■**

## KOMMENTAR

### Warum KOMintern?

Die Vollversammlungen der Arbeiterkammer sind die sogenannten Arbeiterparlamente. Sie werden alle fünf Jahre von allen Mitgliedern der AK gewählt. AK-Mitglied ist jede/r Beschäftigte und auch die meisten Arbeitslosen.

Die AK hat viele Aufgaben. Viele Kolleginnen und Kollegen wissen wohin sie gehen sollen, wenn sie um ihren Lohn oder ihr Gehalt geprellt werden, wenn sie Überstunden machen, die sie nicht bezahlt bekommen, oder wenn die Firma zusperrt. Die Rechtsabteilung ist die wohl bekannteste Einrichtung der AK, sie berät und unterstützt und in vielen Fällen hilft sie auch bei der Durchsetzung der Rechte der Werktätigen vor Gericht. Es gibt noch einige weniger bekannte Abteilungen der AK, die ähnliche Funktionen haben, etwa der Konsumentenschutz. Weniger bekannt ist unter der Klasse der Lohnabhängigen, dass die AK auch ihre gewichtigste politische Vertretung ist, denn in der AK ist eben jed/r Mitglied, während die Mitgliedschaft im ÖGB auf Freiwilligkeit beruht. Die AK kann Stellung zu Gesetzesentwürfen nehmen, sich direkt an alle Einrichtungen des Staates mit Anliegen der Werktätigen wenden, und sie soll auch in der Öffentlichkeit die wichtigste Stimme für die Lohnabhängigen sein.

Dass sie das nur unzureichend ist, liegt an der großen Übermacht der Sozialdemokraten in der AK. In den politischen Gremien der AK sitzen meist gutsituierte Funktionäre, die noch viele weitere Amterln bekleiden und abnicken, was ihnen von den Oberen vorgegeben wird. Die SP scheut jeden offenen Konflikt mit Unternehmern und Regierung und mauschelt lieber hinter verschlossenen Türen.

Dass das der falsche Weg ist, zeigt sich deutlich. Alles läuft in Richtung der Reichen, die Werktätigen bekommen die Krümel vom Kuchen.

Es kommt daher nicht darauf an, ob die SPÖ-Fraktion FSG um ein Mandat mehr oder weniger hat, denn sie machen darum nicht mehr oder weniger. Es kommt aber sehr wohl darauf an, dass mit KOMintern weiterhin eine Kraft in den Vollversammlungen der AK Wien und Niederösterreich vertreten ist, die sich wehrt, die unangenehme Fragen stellt und kompromisslos auf der Seite der Werktätigen steht. Die Kandidatinnen und Kandidaten von KOMintern sind einfache Menschen ohne jegliche Privilegien, die ebenso wie alle anderen Werktätigen im täglichen Leben stehen.



**Otto Bruckner**  
Vorsitzender der PdA

# WARN-STREIKS IM SOZIALBEREICH

Um ihren Forderungen nach 6% Lohn-erhöhung und einer Verkürzung der Arbeitszeit Nachdruck zu verleihen, streikten im Februar österreichweit die KollegInnen im Sozialbereich. Trotz dieser Kampfbereitschaft knickte die SPÖ-Mehrheit des Verhandlungskomitees ein und stimmte einem Abschluss von 3,2% zu. KOMintern-AK-Rätin Selma Schacht, die Teil des erweiterten Verhandlungsteams war zeigte sich enttäuscht: "Mit diesem KV-Abschluss wurde eine bunte, kämpferische, breite Streikbewegung abgewürgt – und die Arbeitszeitverkürzung schon wieder, wie letztes Jahr, ohne ein einziges Zugeständnis unter den Tisch fallen gelassen. Viele Betriebe, tausende Beschäftigte wären bereit gewesen, dafür zu kämpfen!"

### Jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr:

Offenes Büro der PdA,  
1080 Wien, Bennoplatz 6  
(Eingang Bennogasse 7)  
Kommt vorbei, um mehr über  
unsere Arbeit zu erfahren!

# ARME STERBEN FRÜHER: EU VERFEHLT SOZIALZIELE

Trotz steigender Kaufkraft gibt es heute 800.000 Armutsgefährdete und 3.800 Obdachlose mehr als 2008. Vielleicht hat das mit der Krise zu tun?

Eigentlich wollte die EU im Rahmen der Kampagne „Europa 2020“ mehr Jobs schaffen, Forschung fördern, die Treibhausgase reduzieren und die Zahl der Armutsgefährdeten um 20 Millionen Menschen drücken. Das waren hehre Ziele nach Krise und Bankenrettungspaketen. Dabei wurde den Mitgliedsstaaten der Union viel Autonomie bei der Umsetzung überlassen.

Aber die jüngsten Zahlen sprechen gegen Brüssel. Die Statistik Austria hat sich im Rahmen eines der genannten Berichte mit den Sozialzielen beschäftigt. Kurz gesagt: Sie werden aller Voraussicht nach verfehlt. Zwar stieg die Kaufkraft seit 2008 und man verzeichnete immer weniger Langzeitarbeitslose. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Menschen, die armutsgefährdet sind, EU-weit um gut 800.000. Es gibt auch immer mehr Junge, die in irgendeiner Form Bildung konsumieren – vom Kindergarten bis zur Lehre und dem AMS-Kurs –, doch Bildung ist weiterhin stark vom Elternhaus abhängig.

## Schlechte Lage – schlechte Gesundheit

Schlagzeilen machte ein Sonderkapitel der Studie, das sich mit Lebenserwartung und Armut auseinandersetzt. Menschen, die in manifester Armut leben, sterben vier (Frauen) bis elf (Männer) Jahre früher als der Rest.

Manifeste Armut ist solche, bei der etwa unerwartete Kosten zum Problem werden. MindestsicherungsbezieherInnen leben in dauerhaft manifester Armut. Menschen wie sie leben sogar neun (Frauen) bis zwölf (Männer) Jahre kürzer. Bei Obdachlosen sind die Zahlen der Statistik Austria noch dramatischer: Sie sind gefährdet, ganze 20 Jahre früher als der Schnitt zu sterben. Aber ihre Zahl in der EU ist nicht ge-



sunken. Seit 2008 wurden 3.800 mehr registriert.

Auch in Österreich ist die so genannte Übersterblichkeit bei Wohnungslosen bei allen Todesursachen gegeben. Das heißt, eine Krankheit führt bei diesen Menschen öfter zum Tod als bei Leuten mit festem Wohnsitz. Zu den häufigsten Todesursachen zählen gerade bei wohnungslosen Männern psychische Erkrankungen und Leberzirrhose.

## Krisenpolitik

Es stimmt schon: In Österreich kamen wir noch glimpflich durch die Krise. Aber auch hier wurden Bankenrettungs- und Belastungspakete umgesetzt – die HYPO mit ihren gut 20 Milliarden ist da noch gar nicht eingerechnet. Schwarz-blau führt nur konsequent zu Ende, was unter rot-schwarz begonnen wurde und überall in Europa stattfand.

In Spanien, Portugal, Italien und besonders Griechenland wurden zur Gegen-

finanzierung der Bankenrettung drastische Sparmaßnahmen durchgezogen. Was westliche Beobachter an Venezuela kritisieren, sah man in Griechenland schon vor wenigen Jahren: Athener Spitäler ohne Medikamente. Menschen, die im Müll von Thessaloniki nach Essen stochern. Jugendliche ohne Perspektive. Aber hier war ja keine aufmüpfige Regierung mit unschätzbaren Ressourcen. Da ist der „Sozialismus“ schuld, hier waren es „Pleitegriechen“. So verkaufte man auch die Vergesellschaftung der Bankenpleiten, schonte ihre Profite. Panama Papers, CumEx und andere Leaks änderten leider nichts.

Es darf angesichts dieser Prioritäten der EU-Eliten nicht verwundern, dass aus „Europa 2020“ nichts wird. Es ist zu befürchten, dass auch in der Umweltfrage Konzerninteressen vor alles andere gehen. Der Umgang mit dem von Greta Thunberg initiierten Klima-Schulstreik weist darauf hin.

Von Moša Marković ■

## AUDI-STREIK IN UNGARN ERFOLGREICH – LOHNERHÖHUNG VON 18%!

Am 24. Jänner traten tausende Beschäftigte der Audi-Motorenwerke im grenznahen Győr in Streik. Sie verlangten eine kräftige Lohnerhöhung von 18%. Das sieht nach viel aus, ist aber eine nachholende Entwicklung, wenn die Löhne in Ungarn mit denen von Volkswagen-Beschäftigten in anderen Ländern verglichen werden. Auch in der tschechischen Republik gab es im Vorjahr einen erfolg-

reichen Streik für Lohnerhöhungen. Zu Beginn des Streiks tönte es noch aus der Audi-Zentrale, der Streik in Ungarn hätte keine Auswirkungen auf den Standort Ingolstadt in Deutschland. Eine Woche später standen die Bänder auch in Ingolstadt still, weil die Motoren aus waren. Die ungarischen Kolleginnen und Kollegen erhielten ihre geforderte Lohnerhöhung von 18%. So geht das! ■

## LEYKAM VERNICHTET 114 ARBEITSPLÄTZE IM BURGENLAND UND IN NIEDERÖSTERREICH

Die britische Multi Walstead Leykam vernichtet 114 Arbeitsplätze an den Standorten Neudörfel, Müllendorf und St. Pölten. 2016 wurden die Druckereien von der SPÖ Steiermark verscherbelt. Bereits 2009 wurde der Standort Graz mit 65 Mitarbeitern geschlossen. Die Druckereiarbeiter werden in Österreich

generell immer weniger und an ihre Stelle treten immer öfter Betriebe, die nicht nach dem Kollektivvertrag der Drucker bezahlt werden, sondern als Copyshop-Angestellte, was viel schlechter bezahlt ist. Auch hier gilt: Löhne sinken, damit die Profite steigen und die Gewerkschaftsbonzen schauen zu! ■

## GROSSMAUL STRACHE FÄLLT AUCH NOCH IM LIEGEN UM!



Was hat er nicht alles versprochen, *der Vertreter des „kleinen Mannes“?*

- *Er wird den 12-Studenten niemals zu lassen – ist schon beschlossen!*
- *Das CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada wird nicht unterschrieben – Schon in Kraft!*
- *Auf Erspartes wird bei Job-suchenden nicht zugegriffen – ist schon beschlossen – vor Erhalt der Mindestsicherung muss Erspartes aufgebraucht werden. ■*

## ÖGB – GROSSE TÖNE, KLEINE TATEN!

Nachdem die Regierung mit 1. September 2018 das Gesetz über den 12-Studenten eigenführt hat, hörten wir von den Arbeiteraristokraten des ÖGB, dass es einen heißen Herbst geben würde. Ebenso wurden große Töne gespuckt, als bekannt wurde, dass die Sozialversicherungsträger in der bisherigen Form abgeschafft werden sollen. Was kam raus? Für die mitgliederstarken Branchen wie die Metall- oder die Bauindustrie wurden Verbesserungen im Kollektivvertrag ausverhandelt. Für die große Mehrheit der Beschäftigten jedoch, die ohnehin unter beschissenen Umständen arbeiten müssen, nichts. Denn dafür hätte man wirklich kämpfen müssen.

Ebenso verhält es sich mit der „Reform“ der Sozialversicherungsträger. Die Abschaffung der Selbstverwaltung bedeutet, dass die Unternehmervertreter jetzt darüber bestimmen, was in den Kassen der Werktätigen geschieht. Die größte Frechheit seit Einführung der allgemeinen Sozialversicherung! Was machte der ÖGB? In einigen Bundesländern gab es ein paar Protestkundgebungen und in Wien wurden ein paar hundert Funktionäre im Hof der Wiener Gebietskrankenkasse versammelt. Da spukte man große Töne. Und was folgte? Nichts! Die Regierung hat die Zerschlagung der Gebietskrankenkassen durchgezogen und die Unternehmer bestimmen jetzt über das Geld der Werktätigen.

Wer sich auf diese Gewerkschaftsbonzen verlässt, ist schon verlassen! Deshalb: Selbst organisieren, Widerstand leisten, und das gemeinsam! ■

# WIEN: IUH, AH – MADURO NO SE VA!

Am Abend des 1. Februar fand in Wien eine Solidaritätsdemonstration für Venezuela statt. Zahlreiche UnterstützerInnen und GenossInnen waren gekommen. Die TeilnehmerInnen sammelten sich vor dem Haus der Europäischen Union, um gegen die schändliche Rolle vieler EU-Staaten und des EU-Parlaments zu demonstrieren, die den selbsternannten Putschpräsidenten unterstützen. Anschließend bewegte sich die Demonstration in Richtung Botschaft der USA. Bevor diese jedoch erreicht werden konnte, wurde der Demonstrationszug von der Polizei gestoppt – so weit vor der Botschaft, dass die DemonstrantInnen nicht einmal in Sichtweite der Botschaft kamen. Offenbar muss die US-Vertretung von jeglichem Protest hermetisch abgeschirmt werden. Nichtsdestotrotz beendeten wir unseren Protest würdig und schlossen die Kundgebung mit den Worten unseres Vorsitzenden, Otto Bruckners, der vor einem Szenario wie in Chile 1973 warnte und die Solidarität



**Protest der Partei der Arbeit vor dem Haus der EU in Wien gegen den US-gelenkten Putschversuch und die schändliche Rolle der EU.**

mit dem Volk von Venezuela und seinen gewählten Organen sowie mit der PCV, der Kommunistischen Partei Venezuelas ausdrückte. ■

# LINZ: IM GEDENKEN AN DIE KÄMPFER- RINNEN GEGEN FASCHISMUS



Vor 85 Jahren, am 12. Februar 1934, erhoben sich die fortschrittlichsten Teile der österreichischen Arbeiterklasse zum bewaffneten Kampf gegen den aufkommenden Faschismus.

Es war dies ein bereits aussichtsloser, aber keineswegs unnötiger Widerstand. Um den ArbeiterInnen zu gedenken, welche an den Kämpfen teilnahmen, lagen die GenossInnen am Linzer Bulgari-Platz einen Kranz nieder und gedachten den für eine bessere Welt Gefallenen.

**Ihr Kampf ist unser Vermächtnis! ■**

# GEGEN DEN US-GELENKTEN PUTSCHVERSUCH IN VENEZUELA

Aus der Erklärung des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA), 25.01.2019



„Die Partei der Arbeit Österreichs verurteilt den offensichtlich von den USA gesteuerten Versuch der proimperialistischen und rechtsgerichteten Opposition, einen Marionettenpräsidenten durch einen Putsch zu installieren. Der gewählte Präsident Venezuelas ist Nicolas Maduro, und den fortschrittlichen Kräften, die sich zur Verteidigung des Präsidenten, der Verfassung, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung des Landes sammeln, gilt unsere Solidarität. Ganz besonders grüßen wir in diesen schweren Stunden die Mitglieder der kommunistischen Partei Venezuelas, die in

jüngster Zeit auch Todesopfer durch die gedungenen Mörder der Großgrundbesitzer zu verzeichnen hatte. (...)

Die sofortige Anerkennung des selbsternannten „Übergangspräsidenten“ durch die USA, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und andere Staaten steht in Gegensatz zu jeglichem internationalen Recht und belegt die Steuerung dieses Putschversuchs durch die Imperialisten.

Wir rufen die antiimperialistischen Kräfte dazu auf, auch hier in Österreich gemeinsam Widerstand gegen den imperialistischen Putschversuch zu leisten.

Von der österreichischen Bundesregierung verlangen wir, sich nicht am Völkerrechtsbruch der USA und ihrer Verbündeten zu beteiligen, und auch in der EU dahingehend zu wirken, dass die legitime Regierung und der legitime Präsident, Nicolas Maduro, weiterhin als Venezuelas Staatsführung angesehen wird. ■

## KARFREI-TAG HALB FREI

Der Karfreitags-Wahnsinn der Regierung ist unfassbar. Die evangelischen Beschäftigten verlieren zumindest einen halben Feiertag und sehr viele Andere gewinnen nicht, weil Freitag sowieso Frühschluss ist. Der ÖGB hat schon eine Protestnote verfasst und sie zu den Akten gelegt. Das war alles? Wie beim 12-Stunden-Tag und anderen Schweinereien? ■

## ROTE LITERATUR – JETZT BESTELLEN!

Folgende Bücher und Broschüren können bei der PdA bestellt werden (Preis auf Anfrage):



- ★ Einheit & Widerspruch. Theoretisches und Diskussionsorgan der PdA: Ausgabe 2-6
- ★ Hans Heinz Holz: Die Welt begreifen – organisiert handeln!
- ★ Tibor Zenker: Februar 1934 – 80 Jahre Februarkämpfe in Österreich. Österreichs Arbeiter im bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus
- ★ Tibor Zenker: März 1938 – Fakten, Hintergründe, Folgen. Zur Okkupation und Annexion Österreichs durch Deutschland

► Bestellungen an [pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)

Abonniert die AZ und unterstützt die PdA!



Bestellungen an [pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)

Jede Spende hilft!

Partei der Arbeit Österreichs  
AT10 2011 1824 2361 8700

# PARTEI ERGREIFEN

## WER WIR SIND, WAS WIR WOLLEN



Die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) ist ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen, Angestellten, SchülerInnen, Studierenden, kleinen Selbständigen, PensionistInnen und Arbeitslosen – von „einfachen Menschen“, die sich nicht damit abfinden, dass die Welt so ist, wie sie ist.

treten ein für menschenwürdige Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse für alle; für Löhne und Gehälter, von denen man ohne Ängste und Zwänge leben kann; für das Volkseigentum an großen Unternehmen und an der Grundversorgung; für demokratische Mit- und Selbstbestimmung am Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplatz; für die gezielte Besteuerung von großen Vermögen und Kapital; für ein staatlich gesichertes Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem; für den Austritt Österreichs aus der antidemokratischen, asozialen, militaristischen und imperialistischen EU; für Frieden, Demokratie, nationale Selbstbestimmung, Solidarität und sozialen Fortschritt; für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen und klassenlosen Gesellschaft, wo jeder Mensch beiträgt, was er kann, und jeder bekommt, was er braucht.

Die PdA will und kann nicht statt den arbeitenden Menschen Politik machen, sondern muss dies gemeinsam mit ihnen tun. Jede gesellschaftliche und politische Kraft, jede Idee, jeder Standpunkt und jeder Kampf sind nur so stark, wie es Menschen gibt, die sich dafür einsetzen.

Daher lautet unser Aufruf: Macht euch selbst stark, indem ihr für eure eigenen Interessen Partei ergreift! Für dieses gemeinsame Ziel ist die PdA ein Angebot.



Kontakt: [pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)  
 Weitere Infos: [www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at),  
[www.facebook.com/ParteiDerArbeit](https://www.facebook.com/ParteiDerArbeit) ■

### Termine

#### WIEN

**Fr., 15.3., 18.30 Uhr:**  
**100 Jahre Kommunistische Internationale**  
 1080 Wien, Bennogasse 6/  
 Eingang Bennoplatz 7

**So., 24.3., 18 Uhr: Demo:**  
**20 Jahre NATO-Krieg gegen Jugoslawien**  
 Ballhausplatz

**Fr. 12.4., 18.30 Uhr:**  
**Schach- & Wuzzelturnier**  
 1080 Wien, Bennogasse 6/  
 Eingang Bennoplatz 7

**Fr. 26.4., 18.30 Uhr:**  
**Polizeistaat Österreich?!**  
 1080 Wien, Bennogasse 6/  
 Eingang Bennoplatz 7

**Mi., 1.5., 11 Uhr:**  
**1. Mai Demonstration**  
 Treffpunkt Staatsoper

**jeden Freitag, 17–19 Uhr:**  
**Offenes Büro**  
 1080 Wien, Bennogasse 6/  
 Eingang Bennoplatz 7

#### OBERÖSTERREICH

**Mo., 11.3. – Mo., 1.4.**  
**(wöchentlich), 18 Uhr:**  
**Lesekreis**  
**„Grundlagen der politischen Ökonomie“**  
 Antebia, Magazingasse 11, Linz

**Mi., 13.3., 18.30 Uhr:**  
**offenes KSV-Treffen, Linz**

**Fr., 3.5.–So., 5.5.:**  
**Befreiungswochenende**  
 Linz und Mauthausen